



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

λ. ρ.: Licht- und Schattenbilder aus Coburg-Gotha. II.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

tretenden Fürsten die Macht gegeben, das ganze System des heiligen römischen Reichs deutscher Nation abzuwerfen, und des Volkes Vertretung, in den einzelnen Fürstenthümern entwickelt, hat ganz neuerdings mit den andern Fürsten in gemeinsamer Beschlußfassung einen aus ihrer Mitte mit erblicher Berechtigung zum neuen deutschen Kaiser erhoben, der nicht wie in Tribur begonnen.

Und dieser wird, so Gott will, auch des Reichskanzlers Spruch nur wahr machen: Nach Canossa gehen wir nicht.

## Licht- und Schattenbilder aus Coburg-Gotha.

### II.

Unsere drei Landtage können sich nicht rühmen, das Interesse der Staatsangehörigen lebhaft in Anspruch zu nehmen; auch bei wichtigeren Berathungsgegenständen bleiben die Zuhörerräume leer, man begnügt sich mit dem Lesen kurzer Berichte im Gothaer Tageblatt oder in der Coburger Zeitung. Es war dies freilich auch früher, als noch nicht das deutsche Reich unser politisches und wirthschaftliches Leben fast ausschließlich beherrschte, wenig anders: die Verhandlungen so kleiner Versammlungen verlaufen in der Regel zu eintönig und nüchtern, um dramatischen Reiz zu bieten. Gleichwohl gehören die Landtage zu den wesentlichsten Factoren unseres particularstaatlichen Seins, und es wäre unrecht, schweigend an ihnen vorüber zu gehen. Der gemeinsame tagte in Gotha vor Kurzem zum ersten Male in seiner neuen, vollen, beide Sonderlandtage umfassenden Zusammensetzung: einzelne kleinbürgerliche und bäuerliche Erscheinungen gaben ihm ein etwas provinzielles Gepräge. Den Vorsitz führt seit vielen Jahren der Kreisgerichtsdirector Berlet, zugleich Präsident des Gothaer Speziallandtags, ein wegen seiner vielseitigen Bildung und seines biederen Charakters hochgeachteter Mann, selbständig und freisinnig in seinem Urtheil, vorsichtig und mild in der Form. Sein Stellvertreter ist der Bürgermeister Muther von Coburg, Präsident des Coburger Sonderlandtags, ein geschäftsgeübter Mann von gesundem praktischem Blick. Die aggressive, schneidige Seite finden wir in den Rechtsanwältin Müller und Heller aus Gotha und Forkel aus Coburg\*), die salbungsvolle und pathetische in dem gothaischen Landpfarrer Trümpelmann vertreten. Mancher anderen tüchtigen Kraft könnten wir

\*) Nicht das ehemalige Reichstagsmitglied Justizrath Forkel, welcher — ebenso wie der frühere Reichstagsabgeordnete Dr. Heunberg aus Gotha — dem Landtage nicht mehr angehört.

Ermähnung thun, wenn es uns nicht zu weit führte; einer Persönlichkeit aber müssen wir ein paar besondere Zeilen widmen: das ist Franz Ronge, der Bruder des deutschkatholischen Apostels Johannes Ronge. Wie kommt der in den Landtag von Coburg-Gotha? Er ist Bürgermeister und Abgeordneter von Königsberg in Franken, eines coburgischen Städtchens mitten im Bayernlande, und daß er grade dort wohnt und lebt, hat nach seinen schlechten Erzählungen folgende seltsame Bewandtniß. Sein Amt als katholischer Schullehrer eines schlesischen Ortes verlor er in jungen Jahren durch die Excommunication, die er mit seinem Bruder Johannes theilen mußte. Auf den Wanderungen, welche er an dessen Seite durch Deutschland machte, fand er in der Tochter eines reichen Fabrikherrn zu Schweinfurt, der dort auf seine eigenen Kosten eine deutschkatholische Kapelle baute, eine Lebensgefährtin. Der Schwiegervater wollte in seiner nächsten Nähe dem jungen Paare einen Heerd gründen, aber die bayerische Polizei trat dazwischen. Franz Ronge hatte sich zwar in keiner Weise gegen die bayerischen Staatsgesetze vergangen, auch für die Sicherung seines Nahrungsstandes war gut gesorgt; indessen für seines Bruders Bruder gab es innerhalb der blauweißen Grenzpfähle keine Wohnstätte. Da suchte und fand er ein Asyl auf dem benachbarten Coburger Gebiete; aber noch längere Zeit hindurch konnte er von da aus bloß heimlich den Schweinfurter Verwandten seinen Besuch abstaten, auch nur heimlich einer behördlichen Vorladung nach Coburg Folge leisten; mancher Unschuldige ist statt seiner von bayerischen Gensdarmen aufgegriffen worden. Das Ministerium Reigersberg zeigte sich so unerbittlich, daß es sogar gegen die Duldung Ronge's bei der Coburger Regierung Vorstellung erhob, die jedoch unter Berufung auf die Gesetze des Landes gebührend zurückgewiesen wurde. Der persönlichen Fürsprache des Ministers von Seebach bei dem Freiherrn von der Pfordten glaubt es Ronge zu verdanken, daß die polizeilichen Verfolgungen endlich wieder aufgehoben wurden. Es ist nicht ohne Werth, von Zeit zu Zeit uns und Andere daran zu erinnern, welcher schmachvolle Jahre wir haben durchleben müssen! Wenn wir den wohlwollenden, anspruchslosen Mann betrachten, kommt uns die Maßregelung desselben vor wie eine Tollhausgeschichte. Seine engeren Landsleute rühmen ihn als wohlwollend, besonnen, frei von radicalen Verkehrtheiten; in den Sitzungen tritt er wenig hervor, das öffentliche Reden scheint seine Sache nicht zu sein.

Unsere Landtage waren von jeher, seit die Verfassung besteht, einem vernünftigen Liberalismus zugethan, was ihnen von der Regierung auch nicht sonderlich erschwert wurde, zumal sie mit ihrer Freisinnigkeit in politischen und Gesetzgebungsfragen immer noch eine gute Dosis Loyalität zu verbinden wußten. Selbst manch' strebender Staatsdiener konnte ohne Nachtheil unter der liberalen Fahne Abgeordneter sein. Junker und Reactionäre sind im

Lande sehr dünn gesäet und haben zu allen Zeiten den Weg in die Landesvertretung für sich verschlossen gefunden. Auch eine unzweideutig nationale Gesinnung herrschte immer in unseren Landtagen; das deutsche Reich und seine Vormacht steht bei ihnen hoch in Ehren, und wenn Preußen Lust hätte, die beiden Herzogthümer ganz und gar in seinen weiten Schooß aufzunehmen, so würde sich für einen solchen Anschluß vielleicht noch eher eine Landtagemehrheit finden als für den letzten Schritt zur coburg-gothaischen Union. Doch zu einem so gründlichen Wandel der Dinge scheint heut zu Tage weniger Aussicht als je zu sein, weshalb es die Aufgabe beider Ländchen ist, sich auch fernerhin einzurichten, so gut oder schlecht es geht.

Die Finanzlage ist freilich seit dem Uebergang der Zollrevenueen und Verbrauchssteuern auf die Bundeskasse und seit dem Eintritt der Herzogthümer in die Leistung der vollen Matricularbeiträge bedrängt genug, und noch scheint Niemand zu wissen, was werden soll, wenn einmal in Gotha bei ungünstigen Conjunctionen für die Forstproducte die Domainenüberschüsse sich wieder namhaft vermindern, in Coburg aber der nur noch auf kurze Zeit gestattete particulare Zuschlag zur Reichsbrauabgabe wegfällt. Die Steuerschraube kann schwerlich noch stärker angespannt werden; diesseits und jenseits des Waldes hat man in Ausgiebigmachung der Einkommensteuer, der Grundsteuer, der Nachlaßsteuer, der Sporteln, Stempelgebühren und wie die vielerlei Abgaben alle heißen, bereits das Möglichste geleistet, so daß wir es ganz begreiflich finden, wenn in den Abgeordnetenkreisen sich der feste Wille kund gibt, unter keinen Umständen einer abermaligen Appellation an die Steuerkraft der Bevölkerung zuzustimmen. Ebenso begreiflich finden wir den hie und da zu Tag tretenden Wunsch nach einer Revision der bestehenden „Domänen-Abkommen“, das heißt nach einer größeren Belastung des Domänenvermögens zu Gunsten der Landescaffen; nur gehört dazu sowohl das Einverständniß des Herzogs wie der Consens seiner vielen Agnaten, und die Geneigtheit derselben wird man sich kaum als sehr stark vorstellen dürfen. Wenn überhaupt, so wird bloß durch die größte Sparsamkeit in den Ausgaben das Gleichgewicht in den Budgets zu retten sein; aber auch in diesem Punkte sind durch festbegründete Rechtsansprüche, durch Gesetze und Verträge und durch das unabweißbare Bedürfniß dem bloßen Belieben enge Schranken gesetzt. Von der Nothwendigkeit einer durchgreifenden Vereinfachung des Regierungsapparats haben wir bereits gesprochen; außerdem bleibt — etwa neben dem heiklen Posten der widerrussischen Zuschüsse zum Hoftheater — beinahe als einziges Kapitel, an dem unsere Landtage den guten Willen, zu sparen, bethätigen können, das der Besoldungszulagen sowie der Diäten und Bureaufonds übrig. Hierauf pflegt sich denn in der That die Prüfung der Etatsvorlagen mit besonderer Wucht

zu werfen, und die Kritik nimmt dabei, namentlich in den Commissionen, mitunter einen recht kleinlichen, persönlichen Charakter an, so daß es den armen Beamten nicht zu verargen ist, wenn sie den Verhandlungen mit Herzklöpfen entgegensehen. In klingender Münze Liberalität gegen das Staatsbeamtenthum zu üben, gestatten leider die Verhältnisse nicht; mit um so mehr Recht kann man wenigstens eine zarte und objective Behandlung der Gehaltsfragen verlangen; es greift über die Aufgabe der Landesvertretung hinaus, wenn sie die größere oder geringere Qualification, den größeren oder geringeren Eifer einzelner Richter, Professoren u. erörtert, um daraus Motive für ihre Entschlüsse über die beantragten Zulagen zu schöpfen.

Ein nicht geringer Uebelstand liegt ferner in der außerordentlichen Langsamkeit, mit welcher in der Regel unsere Landtage arbeiten. Diese Bemerkung gilt ebenfalls hauptsächlich den Commissionen, bei denen die Regierungsvorlagen oft wochenlang liegen bleiben, um schließlich mit geringen Abänderungen oder gar mit einem kurzen Ablehnungsantrage wieder zum Vorschein zu kommen. Auch der gemeinschaftliche Landtag hat sich an dem Geschäftsgange des Reichstags noch kein Beispiel genommen, die Vorlagen in Betreff der Synodalverfassung haben im letzten Frühjahr eine Commission über einen Monat lang in Anspruch genommen und das Resultat war — Ablehnung der Einzelberathung. Sachlich sind wir mit diesem Endergebnisse völlig einverstanden: auch wir halten den unklaren Begriff des „obersten Landesbischofs“ für veraltet und finden ein ausschließliches Gesetzgebungsrecht des Fürsten in kirchlichen Dingen durch den Wortlaut unserer Verfassung nirgends begründet, dem Geiste derselben aber geradezu widersprechend; auch wir können von einer kleinen Landes- oder Provinzial-Synode, namentlich wenn sie zur Hälfte aus Geistlichen besteht, nicht einen Aufschwung, sondern eher noch einen weiteren Niedergang des kirchlichen Lebens erwarten; ja wir sind sogar des keckerischen Dafürhaltens, daß das in sichtlichem Absterben begriffene sogenannte kirchliche Leben überhaupt nicht durch künstliche Mittel wieder aufgeweckt und gestärkt werden kann, sondern daß der Geist der Religion, der Sittlichkeit und Humanität in neue, zeitgemäßere Formen gegossen werden muß, die sich gewiß auch finden, sobald einmal die rastlose Arbeit des Verstandes, die unaufhaltsam fortschreitende Bildung Hand in Hand mit dem Bedürfnisse des modernen Staatswesens die Glaubens-Überlieferungen und hierarchischen Schöpfungen vieler Jahrhunderte vollends überwunden haben wird. Also wir stimmen in der Sache selbst mit der Commission überein, deren Antrag auch die Billigung des Plenums gefunden hat; aber warum bedurfte es so

Grenzboten III. 1875. 20

vieler werthvoller Wochen zu einem so einfachen Beschluß? Gleiches gilt bezüglich des ebenfalls abgelehnten Verpfändungsgesetzes und fast aller anderen Vorlagen, welche den gemeinschaftlichen Landtag lezt hin beschäftigt haben. Besonders verzögerlich pflegen auch die Etatsarbeiten betrieben zu werden, die selbst im preussischen Abgeordnetenhause kaum so viel Zeit wegnehmen, als in Coburg oder Gotha; ein großer, lang gestreckter Anlauf und doch nur ein kleiner Sprung: das ist so Stillsitzen bei unseren Landtagscommissionen. Wird derselbe bald und gründlich geändert werden?

Tiefgehende Differenzen zwischen Regierung und Landesvertretung bestehen seit langer Zeit weder in Eis- noch in Transtüringen; auch die unangenehme Gothaer Museumsbau-Angelegenheit ist kürzlich beigelegt und hoffentlich für immer aus der Welt geschafft worden. Es waren gute Zeiten des Ueberflusses, in denen Regierung und Landtag beschloßen, daß für die Gemäldegalerie, das chinesische Cabinet und die Kunstsammlungen, welche sich auf dem Friedenstein befinden, ein besonderes Museum errichtet und der auf 120,000 Thlr. veranschlagte Bauaufwand aus dem Gothaer Domänenvermögen entnommen werden solle. Der Wiener Baumeister wurde mit dieser, durch Zwischenzinsen erheblich vermehrten Summe sehr bald fertig, so daß das Staatsministerium im Jahre 1867 dem Landtag eröffnete, es seien zur planmäßigen Vollendung noch weitere 80,000 Thlr. erforderlich. Dieselben wurden gleichfalls aus Domänen-Mitteln verwilligt, jedoch unter der von dem Herzog zugestandenen Bedingung, daß jedes abermalige Mehr, welches sich etwa nöthig machen sollte, von ihm selbst aus seiner Privatkasse getragen werde. Und in der That, die 80,000 Thlr. reichten wiederum nicht hin, auch nicht mit einem Zuschuß von 25,000 Thlr., welchen der Herzog persönlich leistete; im Jahre 1870 waren es von Neuem 160,000 Thlr., die noch fehlten und welche nunmehr nach einem Antrage des Ministeriums durch eine Domänenanleihe aufgebracht werden sollten, weil der Herzog zu so beträchtlichen Zahlungen die Mittel nicht besitze. Nach einer äußerst unerquicklichen Debatte lehnte jedoch der Landtag das Ansinnen ab, und seit jener Zeit stand der Unglücksbau unfertig und öde da, eine zweite Rattenburg, wie die Coburger spotteten. Anfang Mai dieses Jahres ist endlich ein Ausgleich zu Stande gekommen, der dem Herzog, trotzdem daß derselbe inzwischen nochmals 28,000 Thlr. aus seiner Privatkasse gezahlt hat, immer noch nahe an 100,000 Thlr. kostet, während die Staatskasse 40,000 Thlr. darauf legen wird. Bis zum 1. April 1878 sollen die werthvollen Sammlungen in dem neuen, architektonisch schön ausgestatteten Gebäude der Benutzung des Publikums übergeben werden. Für einen etwaigen Mehraufwand haftet wiederum der Herzog. Das gegebene Fürstenwort kommt ihm hoch zu stehen, und doch

hat er alle Ursache, mit der Loyalität der gothaischen Volksvertreter zufrieden zu sein.

Die Landtagsabgeordneten werden in Coburg-Gotha noch in alter Weise durch Wahlmänner gewählt. Das ist hier zu Lande ein urgemüthliches Verfahren, welches keine aufregenden Wählerversammlungen mit Programmen, Wahlreden und Interpellationen kennt; in jedem kleinen Wahlkreise machen 15—47 Wahlmänner die Sache in vertraulicher Berathung ganz unter sich ab, ohne Anhörung der Candidaten. So bringen die Wahlen keine politische Bewegung ins Land, keine öffentlichen Erörterungen über die inneren Zustände, über die Licht- und Schattenseiten, Schwächen und Bedürfnisse des engeren Heimatstaates. Daß sich ein solches System für unsere Landtagswahlen überlebt hat, fühlt Jedermann; die Bevölkerung hat kein Verständniß dafür, warum sie zu der particularen Landesvertretung von untergeordneter, provinzialer Bedeutung ihre Abgeordneten nicht selbst soll wählen können, während man sie doch für reif hält zur directen Wahl eines Reichstagsabgeordneten. Im vorigen Jahre, als die Zusammensetzung des gemeinschaftlichen Landtags geändert und zugleich einige Wahlbezirke anders eingetheilt wurden, lag es nahe, auch das Wahlverfahren zeitgemäß umzugestalten; bis jetzt ist es uns ein ungelöstes Räthsel geblieben, warum die gute Gelegenheit veräußt wurde.

Ganz anders wie bei den Landtagswahlen rührt es sich in den Städten und Dorfschaften, wenn eine Wahl zum Reichstag vor der Thüre steht; da ist Leben und Kampf bis in die entlegenste Hütte. Zwar die schwarze Schaar der Römlinge macht uns nichts zu schaffen; wenn es in dem protestantischen Thüringen überhaupt Ultramontane gibt, so ist ihre Zahl viel zu winzig, um als Partei in die Schranken treten zu können. Dagegen hat der unklare, die Leidenschaften der ungebildeten Menge aufstachelnde, dem gemeinen Manne goldene Berge verheißende Socialismus auch bei uns solche Fortschritte gemacht, daß seine Anhänger bei der Reichstagswahl von 1874 in Coburg nicht minder als in Gotha mit den Liberalen, die bis dahin das Feld fast allein inne hatten, den Kampf aufnehmen und nur durch das einmüthige Zusammengehen aller reichstreu gesinnten Parteien geschlagen werden konnten. Ob sie am nächsten Wahltag wieder unterliegen werden? Diese Frage ist gleichbedeutend mit der anderen, ob es abermals gelingen wird, alle Stimmen aus den verschiedenen Lagern des Liberalismus auf einen gemeinsamen Candidaten zu vereinigen. Wir sind weit von der Anmaßung entfernt, den Propheten spielen zu wollen; aber wie uns die Stimmung hüben und drüben bekannt ist, wird es wenigstens schwer halten, den beiden jetzigen Abgeordneten noch einmal compacte Mehrheiten zu verschaffen. Den Coburgern war der Berliner Stadtrath Weber, so

tüchtig derselbe auch sein mag, von vorne herein nicht recht sympathisch, nicht Alle haben ihm ihre Stimmen gern gegeben; jetzt klagt man darüber, daß er im Reichstage gar nichts von sich hören lasse, auch mit seinem Wahlkreise keine Verbindung unterhalte. Das sind freilich etwas untergeordnete Vorwürfe, aber sie fassen bei der Wählerschaft leicht Wurzel: dieselbe fühlt instinctiv eine gewisse Ignorirung, eine vornehme Rücksichtslosigkeit heraus. In Gotha herrscht eine noch tiefer gehende Verstimmung über den Abgeordneten Ausfeld; sie richtet sich direct wider seine politische Haltung, wider seine Abstimmung in hochwichtigen Fragen, in welchen sein abstracter, unpraktischer Radicalismus mit dem Sinn und der Sorge für die innere Erstarkung des Reiches durchging. Wir brauchen nur an die vorjährigen Kämpfe über die Feststellung des Friedenspräsenzstandes beim deutschen Heere zu erinnern; ein Alpdruck lag auf der ganzen Nation, bloß die Nothen und die Schwarzen jubelten — in der Erwartung eines tiefen Risses zwischen dem Kaiser und dem Reichstage. Da brachten der Kanzler und die überwiegende Mehrheit der Abgeordneten ein patriotisches Opfer, indem sie sich über das bekannte Provisorium von sieben Jahren einigten. Die Freunde des Vaterlandes athmeten auf, ein schweres Unheil war glücklich abgewendet, der Abgeordnete für Gotha aber hatte aus schablonenmäßiger Grundsätzlichkeit auf dem linken Flügel der Fortschrittspartei mit Franz Duncker und Genossen gegen den Ausgleich gestimmt — wahrhaftig nicht zum Danke seiner Wähler, die sich vor der Wahl gerade über seine Stellung zur Integrität der deutschen Heeresmacht beruhigende Zusagen von ihm hatten geben lassen. Herr Ausfeld ist ein sehr ehrenhafter, makelloser Character, aber durchaus kein Politiker; das hat er schon damals bewiesen, als er im constituirenden Reichstage sich zu denen gesellte, welche in der Norddeutschen Bundesverfassung den Ruin des Vaterlandes sahen und ihre Stimmen für die Verwerfung derselben abgaben. Ob es bei einer Neuwahl der Achtung vor dem tüchtigen Menschen noch einmal gelingen wird, den Politiker vergessen zu machen, möchten wir bezweifeln.

Um die Elemente, welche sich bei der letzten Reichstagswahl zum gemeinsamen Kampfe wider die Sozialdemokraten vereinigt haben, auch für spätere Zeiten zusammenzuhalten, wurde im Herzogthum Coburg, vorzüglich auf Betreiben des Justizraths Forkel, im vorigen Jahre ein reichstreuer liberaler Verein gegründet, der auch in stillen Zeitläuften das politische Leben in Fluß erhalten soll. Neuerdings hat sich derselbe mit Erfolg der städtischen Gemeindevahlen angenommen. In Gotha sollte man nicht länger säumen, einen ähnlichen Gebrauch von dem Vereinsrechte zu machen, damit nicht immer, wie bisher, wenn es eine politische Action gilt, mit dem Organisiren und Sammeln der Truppen von vorne angefangen werden muß. Den tonangebenden Persönlichkeiten möchten wir diese Angelegenheit dringend empfohlen haben

insbesondere aber den Führern im Landtage, denen die Vereinsversammlungen eine günstige Gelegenheit bieten würden, mit der Wählerschaft und der gesammten Bevölkerung die nöthige Fühlung zu unterhalten; der „Volksbildungsverein“, auf welchen man wohl hinweisen möchte, steht doch im Großen und Ganzen abseits dieser Aufgabe. l. p.

## Aphorismen zu den neuesten Zeitfragen.

Von L. F. Lange, Professor und Oberconsistorialrath zu Bonn.

### 3. Merkwürdige Daten.

Die vielfach besprochene Stelle: „Bebet dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist,“ gehört der bekannten evangelischen Geschichte vom Zinsgroschen an. Bei der Beziehung jener Geschichte auf unsere Zeitverhältnisse kommt aber nicht bloß das mahnende Wort Christi an die Klerikalen seiner Zeit in Betracht, sondern auch der Gedanke seiner Versucher. Das war der Gedanke des jüdischen Fanatismus: es ist eigentlich für das Volk Gottes eine Unwürdigkeit, eine Sünde, wenn es dem heidnischen Kaiser Steuern zahlt; es ist ein empörendes Verhältniß, daß das heilige Volk der unheiligen Weltmacht unterthänig ist.

Aus diesem sozialen Dogma des Fanatismus ging der große jüdische Krieg hervor, welcher damit endigte, daß Jerusalem erobert wurde, der Tempel niederbrannte, das Volk als Volk durch das Schwert, die Zerstreung und Sklaverei beinahe zu Grunde ging. Gleichwohl hatte der Fanatismus an dem einen Verderben nicht genug; unter Hadrian loderte die Empörung noch einmal wieder hoch empor, und der abermalige Sieg der Römer konnte zwar den Ueberrest der Kraft des jüdischen Volkes völlig brechen, aber nicht seinen Groll, der bis ins Mittelalter und weiter hinab langsam verkohlte.

Wenn aber von jenem jüdischen Fanatismus die Rede ist, so ist nicht das Adjektiv jüdisch zu betonen, sondern das Substantiv Fanatismus. Der pharisäisch-hierarchische Fanatismus hat in dem frommen edlen Volke die große fanatische Verwirrung angezündet und geschürt. Daraus folgt also, daß der gleiche Grad, die gleiche Siedehitze des Fanatismus in jeder Zeit, in jedem Volk denselben Gedanken der Empörung wieder wecken und groß ziehen muß: ein Volk, das sich für das einzige Volk Gottes halten zu müssen meint, kann einer Weltmacht, welche einem anderen religiösen Princip oder einem anderen sittlichen oder politischen Princip folgt oder auch nur seinem